

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungsdatum:	Mittwoch, 03.07.2024
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	18:20 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Gotischen Rathauses, Weißenburg i. Bay.

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Schröppel, Jürgen

Ausschussmitglieder

Bengel, André
Dollinger, Anita
Drotziger, Klaus
Felleiter, Fritz
Hetzner, Maximilian
Kreißl, Andreas
Mühlöder, Manuela
Roth, Karl
Rother, Victor
Schramm, Katrin

Stellvertreter

Degen, Karl-Heinz
Dösel, Harald
Gruber, Heinz
Pecoraro, Elisabeth

Schriftführer

Bethke, Lorenz

Mitglieder des Stadtrates

Kohler, Alexander Zur Information geladen
Pößnicker, Claudia Zur Information geladen
Schneller, Maria Zur Information geladen
Trelka, Markus Zur Information geladen

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Hauber, Wolfgang
Kamm, Tobias

Tagesordnung

1. Senat – öffentlich

- 1.1 Beitritt zum „Förderverein Hospiz am Brombachsee e.V.“ (in Gründung)
Vorlage: SG 12/064/2024

2. Vorberatung - öffentlich

- 2.1 Einrichtung eines Inklusionsbeirates
Vorlage: SG 10/044/2024
- 2.2 Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zum 1. September 2025
Vorlage: SG 13/066/2024
- 2.3 Bekanntgaben - öffentlich

Oberbürgermeister Jürgen Schröppel eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

1 Senat – öffentlich

1.1 Beitritt zum „Förderverein Hospiz am Brombachsee e.V.“ (in Gründung)

Ergebnis der Erörterung:

Oberbürgermeister Schröppel erläutert die Vorlage und den Ablauf in einem Hospiz. Einen Beitritt in den Förderverein hält er für einen sinnvollen Schritt, auch da der Kostenaufwand in Höhe eines Jahresbeitrags von 0,50€ pro Einwohner verkraftbar ist.

StR Gruber hält das Hospiz zwar für ein gutes System, bringt aber einige Fragen auf:

1. Könnte das Hospiz in bereits vorhandene Krankenhäuser eingegliedert werden, um die Kosten für einen Neubau zu sparen?
2. Welche Folgen hätte ein Nichtbeitritt für die Bürger?
3. 8 bzw. 12 Plätze sind im Verhältnis zu den Einwohnern sehr wenig, wie ist die Vergabe geregelt?

Oberbürgermeister Schröppel erklärt:

1. Gesetzlich werden in Krankenhäusern Krankheiten behandelt. Die Betreuung Sterbender zählt hier nicht darunter, weshalb eine spezielle Einrichtung nötig ist.
2. Auch bei einem Nichtbeitritt einer Gemeinde können ihre Bürger in der Einrichtung aufgenommen werden.
3. Die Überweisung in die Einrichtung erfolgt durch einen Arzt. Die Kapazität von 8 Plätzen wurde anhand von Statistiken als bedarfsdeckend errechnet.

StRin Pecoraro und **StRin Dollinger** ergänzen, dass in einem Hospiz eine angepasste Atmosphäre für die letzten Tage der Patienten herrscht. Sie unterstützen den Beitritt.

Beschluss:

1. Die Stadt Weißenburg i.Bay. tritt dem neu zu gründenden „Förderverein Hospiz am Brombachsee e.V.“ als Mitglied nach Maßgabe der in der Gründungsversammlung zu beschließenden Vereinssatzung sowie Beitragsordnung mit einem für Kommunen und Landkreise jeweils geltenden Jahresbeitrag von max. 0,50 EUR /pro Einwohner, der erstmalig ab dem Jahr 2025 erhoben wird, bei.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die für die Umsetzung erforderlichen Schritte für die Stadt Weißenburg i.Bay. vorzunehmen und die erforderliche Beitrittserklärung abzugeben.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

2 Vorberatung - öffentlich

2.1 Einrichtung eines Inklusionsbeirates

Ergebnis der Erörterung:

Oberbürgermeister Schröppel erklärt, dass bereits seit 1981 ein „Arbeitskreis für Behinderte“ vorhanden ist. Über die Jahre ergab sich die Regelung, dass der Arbeitskreis nur noch bei Bedarf zusammentreten sollte. Die letzte Sitzung fand im Jahr 2011 statt. Er schlägt vor, den Namen des Arbeitskreises in „Inklusionsbeirat“ zu ändern und eine Sitzung anzusetzen.

StR Hetzner möchte eine Vertretung der Menschen mit einer Behinderung, weshalb seine Fraktion den Antrag gestellt hat. Der Arbeitskreis ist zwar ein erster Schritt, ihm mangelt es aber an einem Antragsrecht im Stadtrat und die Zusammensetzung ist ebenfalls ausbaufähig. Er plädiert daher auf die Schaffung eines neuen Beirates.

StR Gruber war Mitglied in besagtem Arbeitskreis, welcher von den Betroffenen gut angenommen wurde. Er sieht daher keine Notwendigkeit eines neuen Beirates.

StR Drotziger ist stolz auf Weißenburg, dass bereits vor so langer Zeit ein entsprechendes Gremium eingerichtet wurde. Allerdings wäre eine Namensänderung vorteilhaft.

StR Dösel unterstützt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, allerdings muss bei der Zuständigkeit aufgepasst werden, keine Konkurrenz zu anderen Gremien (z.B. Seniorenbeirat) zu schaffen, da der Begriff „Inklusion“ nicht nur behinderte Menschen umfasst.

StRin Schramm sieht die Stadt in der Sorgepflicht für die betroffenen Personen, da diese oftmals nicht die Kraft oder die Möglichkeit haben, sich um ihre Themen selbst zu kümmern.

StRin Mühlöder und **StR Rother** unterstützen den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und sehen darin eine Chance, die Thematik wiederzuerwecken.

Herr Jatzwauk (Seniorenbeirat) erklärt, dass der Seniorenbeirat nicht die Kompetenz hat, um die spezifischen Themen von behinderten Menschen zu behandeln. Der Seniorenbeirat wäre dankbar, wenn ein solches Gremium gegründet werden würde.

Oberbürgermeister Schröppel erklärt, dass die Besetzung des Gremiums in der Satzung geregelt werden kann. Er ergänzt den Beschlussvorschlag, mit welchem StR Hetzner als Antragssteller einverstanden ist.

Beschluss:

Der 1981 gegründete „Arbeitskreis für Behinderte“ trägt künftig den Namen „Inklusionsbeirat“. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung, die insbesondere die Besetzung des Gremiums regelt, auszuarbeiten.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

2.2 Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zum 1. September 2025

Ergebnis der Erörterung:

Oberbürgermeister Schröppel verweist auf die Vorlage, in welcher die Ausbildungsplätze aufgeführt sind.

Wortmeldungen gibt es nicht.

Beschluss:

Zum 1. September 2025 werden Ausbildungsplätze für folgende Berufe bereitgestellt:

- Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter
- Fachinformatikerin/Fachinformatiker
- Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste
- Umwelttechnologin/Umwelttechnologe für Abwasserbewirtschaftung
- Forstwirtin/Forstwirt

In den städtischen Kindertagesstätten werden zudem acht Plätze für das Sozialpädagogische Einführungsjahr (Vorpraktikum) sowie sieben Plätze für das Anerkennungsjahr (Berufspraktikum) angeboten.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

2.3 Bekanntgaben - öffentlich

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Jürgen Schröppel
Oberbürgermeister

Lorenz Bethke
Schriftführung